

... 44 000 M.
... 2 000 M. je pro

... 23. R. Turm:
... Predigt, Stadt-
... wills machen";
... Töchter jüngere
... Antentin Andrea

... 10 Uhr:
... Beacht-
... antag früh von

... 10 Uhr:
... 5 Uhr Predigt,
... 10 Uhr:
... 1/2 Uhr
... und Gebet-

... n n Calw,
... Calw

... er!

... eser,

... hen,

... tern

... llen,

... meine

... "

... 1923.

... Teilnahme
... u, uner
... Schwägerin

... er +

... des Herrn
... r und die
... ten Ruhe-
... ch meinen

... nsterer,
... n.

... n Calw.

... moniak
... schäftsstelle.

... verkaufen:
... 3 teilige
... tragen,
... Mailongue
... nd ein
... iwan.

... Hennesarth,
... id Voltregger,
... 5, beim Rathaus

... aufe
... He
... aller
... Art

... ob Eberhardt,
... adstraße 312.

Calwer Wochenblatt

Nr. 22

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Hfr., Familienanzeigen 30 Hfr., Realitäten 150 Hfr. Aus dem Ausland kommt ein Zuschlag von 100%. — 9 Hfr. p. 9

Samstag, den 27. Januar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung 630 Hfr. monatlich, Postzusatz 630 Hfr. mit Beleg. Abzug der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittag.

Neueste Nachrichten.

Die Reparationskommission hat nun wiederum eine „Verfehlung“ Deutschlands in bezug auf die geforderten Leistungen festgestellt, und zwar diesmal eine „ausgehende Verfehlung“, weil nämlich die deutsche Regierung die Lieferungen in Folge des Rechtsbruchs der Franzosen eingestellt hat, was natürlich für die Reparationskommission nebenächlich ist. Die Franzosen beginnen jetzt, das Ruhrgebiet vom übrigen Deutschland durch Errichtung von Militär- und Zollposten abzuschnüren. Die Ausweisung deutscher Beamten, die sich weigern, den widerrechtlichen Befehlen der Franzosen nachzukommen, hält an. Die Eisenbahner im besetzten Gebiet sind in den Ausstand getreten, ebenso die Rheinschiffer.

Aus Berlin wird gemeldet, daß die Reichsregierung in ihrem Widerstand fest verharren wird, was jedoch nicht bedeutet, daß man bei Einstellung der Rechtebrüche zu einer Erfüllung der Reparationen innerhalb der Grenzen der Leistungsfähigkeit nicht mehr bereit sei.

Der deutsch-nationale Abg. Hefferich hat im Reichstag erklärt, daß die Deutschnationalen in der jetzigen Not des Reiches die Einheitsfront nicht durchbrechen wollen.

Seitdem ist es in Bayern zwischen Regierung und Nationalsozialisten zu einem ersten Konflikt gekommen, sobald die Regierung infolge Gewaltandrohung seitens der Nationalsozialisten den Ausnahmezustand erklären mußte.

Ausnahmezustand in Bayern! Gewaltandrohung der Nationalsozialisten.

München, 26. Jan. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der Druck der Feinde auf Deutschland verlangt zur Zeit gebieterisch die Zusammenfassung aller Kräfte zur einheitlichen Abwehr. Jetzt ist nicht Zeit zu politischen Auseinandersetzungen, durch welche die Gefahr von Zusammenstößen unter Deutschen heraufbeschworen wird. Den Führern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wurde daher eröffnet, daß unter diesen Umständen anlässlich ihres Parteitag-Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel nicht zugelassen werden. Sie lehnten die Beachtung dieser Anordnung ab und drohten, daß der Staatsgewalt Gewalt entgegengekehrt werde. Damit hat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den gesetzlichen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angelagt. Um allen Störungen von Ruhe und Ordnung — von welcher Seite sie auch immer kommen mögen — zu begegnen, hat daher die Staatsregierung beschlossen, den Ausnahmezustand im rechtsrheinischen Bayern zu verhängen. Sie erwartet von allen Staatsbürgern die genaueste Beachtung der bestehenden Gesetze und der ergehenden Anordnungen.

Verständigungsversuche.

Berlin, 27. Jan. Die Blätter melden aus München, daß zum Staatskommissar für die Durchführung des Ausnahmezustands der Minister des Innern Dr. Schweneberrmann ernannt worden ist. Der Staatskommissar kann nach der von der Bayerischen Staatszeitung veröffentlichten Verordnung des Gesamtministeriums die Hilfe der Wehrmacht anfordern. Ueber die Vorgänge, die zur Verhängung des Belagerungszustands in Bayern geführt haben, erklärte der bayerische Minister des Innern Pressevertretern, daß in letzter Zeit unter dem Eindruck der Siege des Faschismus in Italien die nationalsozialistische Bewegung in München stark angeschwollen sei. In München herrsche bisher Ruhe. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge hat die Lage an Spannung verloren. Die Führung der vaterländischen Verbände hat sich hinter die Regierung gestellt, ebenso die Studentenschaft. Hitler selbst schein eintreten zu wollen. Man arbeite z. B. an einer Einigungsformel.

Die Kundgebung des Reichstags.

Der Reichsfinanzminister gegen die französische Gewaltaktion.

Berlin, 25. Jan. Die Sitzung beginnt nachmittags um 2 Uhr. Präsident Lobe verliest zunächst Sympathietelegramme aus

dem Reich, vom Tiroler Landtag, von der Stadtverwaltung Graz und von den deutschen Abgeordneten des italienischen Parlaments anlässlich der französischen Ruhrbesetzung. (Lebhafter Beif.) Das deutsch-amerikanische Abkommen über die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der amerikanischen Ansprüche aus dem Versailler Vertrag wird in allen drei Lesungen angenommen, desgleichen der Gesetzentwurf über die Eintragung von Schiffspfandrechten in ausländischer Währung. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wird in die erste Beratung des Etats für 1923 eingetreten, die Reichsfinanzminister Dr. Heines mit einer längeren Rede eröffnet, wobei er u. a. ausführte: Der Haushalt des Reiches steht unter dem Druck, daß die Ausgabenposten der Markentwertung viel schneller folgen als die Einnahmen, und leidet weiter unter der Unsicherheit der Zahlen, so daß er deshalb nur den Wert eines Programms hat. Das Extraordinarium schließt mit einem Defizit von 66 Milliarden ab. Die Post hat trotz aller Ersparungsmaßnahmen einen Einleihebedarf von 82 Milliarden Mark. Die Eisenbahn hofft, ihren Fehlbetrag ausgleichen zu können. Die Erhöhung der Ausgaben für die Beamtenbesoldung ist eine Folge des Marksturzes und diese wiederum eine Folge der Ruhrbesetzung. Der Grund für das Vorgehen Frankreichs ist der Plan der französischen Wirtschaftsminister, mit Gewalt eine Vereinigung von Eisen, Erz und Kohlen unter französischer Führung zu erzwingen. Wir werden diesem Gewaltakt mit allen Mitteln unseren Widerstand entgegensetzen. Aber schon der französische Versuch bringt schweren Schaden für die deutsche und die europäische Wirtschaft. Die Regierung wird dem Reichstag demnächst eine größere Kreditforderung unterbreiten zur Befreiung der wirtschaftlichen Schäden der Ruhrbesetzung. Die ohnehin schon im hohen Maße verminderten Einnahmen werden durch die vielfach beschlagnahmten Steuern und durch die Einschränkung der Lebenshaltung und zur Abwehr vom Luxus genötigt sein. Dieser Notwendigkeit wird die Regierung durch ein Notgesetz Rechnung tragen. Wir werden auch den zusammenbrechenden Kleinrentnern Hilfe leisten müssen. Die französische Gewaltpolitik, welche alle Veruche für eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems vereitelt hat, trägt die Schuld daran, daß wir in diesen furchtbaren Zustand hineingeraten sind. Der Redner widerlegt nochmals die Behauptung, daß Deutschland absichtlich den Markkurs herabdrücke, und das Märchen vom bösen Willen Deutschlands. Die deutschen Erfüllungsangebote sind von Frankreich zurückgewiesen und zuletzt gar nicht mehr beantwortet worden. Der Gewaltakt könnte eine Verständigungspolitik nicht passen. Es ist eine Vermessenheit, wenn Poincaré die Welt glauben machen will, daß er mit dem Ruhrereignis Unbewingbares ausführbar zu machen gedenke. Wie wollen Reparationen leisten bis zur Grenze des Möglichen, aber nicht unter dem Zwang der Bajonette. Die bisherige Erfüllungspolitik hat den Erfolg gezeitigt, daß Frankreich jetzt allein steht und das ganze deutsche Volk in der Abwehr der französischen Gewaltpolitik einig ist. Der Redner dankt den Beamten für ihr tapferes Verhalten. Sobald die Gewalt dem Recht gewichen ist, sind wir zu Verhandlungen über eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage bereit. Der Minister schließt: Es geht um Sein oder Nichtsein der Nation. Einigkeit und Geschlossenheit ist jetzt das Gebot der Stunde. Es darf auch keine Anfechtung des Volkes zur Unbesonnenheit unsere währende Abwehr vermindern. Je besonnener wir auftreten, um so härter werden wir sein in dem Beweis, daß Bajonette und Maschinengewehre als Verhandlungsinstrumente im wirtschaftlichen Leben von uns ein für allemal abgelehnt werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen, auch auf den Tribünen.)

Abgeordneter Rees (Soz.): Die Schuld, daß wir heute weiter denn je vom Frieden entfernt sind, trägt die militärische Gewalt in Frankreich. Mitschuldig ist aber auch unsere verbraucherfeindliche Steuerpolitik, welche nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern pünktlich die hohen Steuern einfordert, während die bestehenden Kreise erst zu zahlen brauchen, wenn das Geld bereits entwertet ist. Dadurch wird im Ausland der Eindruck hervorgerufen, daß Deutschland nicht zahlungswillig sei. Die Erfassung der Sachwerte ist der beste Weg zur Gesundung der Reichsfinanzen. In einer vertraulichen Anweisung an die französischen Propagandisten im Ruhrgebiet ist diesen aufgegeben worden, sich unter Ausnutzung der unzureichenden Steuerpolitik an die Gewerkschaftssekretäre heranzumachen. Die sozialdemokratische Partei wird an einer richtig verstandenen Erfüllungspolitik festhalten und lehnt jede Gemeinschaft mit Parteien oder einer Realisierung ab, die aus dem vertrauensvollen Einbruch der Franzosen die Befreiung von allen Lasten des Friedensvertrags herleiten wollen. Diesmal bedarf es nicht der Deffnung von Archiven, um nachzuweisen, daß die völlige

Schuld an dieser neuen Katastrophe die Regierung Poincarés trifft. Frankreich verläßt durch eine Zollgrenze das Ruhrgebiet vom übrigen Deutschland zu trennen. Das bedeutet weit schlimmeres, als was in Oberschlesien geschehen ist. Wollen die übrigen Ententemächte auch dem noch tatenlos zusehen? Will die Reparationskommission nicht eingreifen, damit der Militarismus nicht jede Reparationsmöglichkeit zerstört? Der Kritik des Auslands richtet sich gegen den französischen Militarismus. Sie würde sich sofort gegen uns wenden, wenn Männer wie Ludendorff und Helfferich an die Spitze der deutschen Abwehraktion treten würden. Das wäre Verrat an der nationalen Sache, wenn jetzt die von rechts geförderten faschistischen Elemente die Zerküftung unseres Volkes betrieben. Darum ist es bedauerlich, daß zwischen den Nationalsozialisten und gewissen Stellen der Reichswehr Beziehungen bestehen und die Einheit der Republik von pensionierten Offizieren gefährdet wird, die von der Republik 50 Milliarden Pension beziehen. Diese Volksverhetzung mit den von der Republik aufgebrachtten Mitteln muß aufhören. Gegen Bücher und Preistreiber muß durch gesetzgeberische Maßnahmen rücksichtslos eingeschritten werden. Mit bloßen Appellen des Wirtschaftsministers ist nichts getan. Der Redner schließt mit einem Gruß an die kämpfenden Arbeiterbrüder an der Ruhr.

Abgeordneter Rees (Dem.) gibt namens des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei folgende Erklärung ab: Jede finanzielle Gesundung des Staates ist in dem Augenblick unmöglich, wo ihm die Flanke durch einen rechtswidrigen Ueberfall zerstört wird. Noch mehr ist Zurückhaltung in inneren Streitigkeiten geboten und noch mehr denn je die Notwendigkeit innerer Einigkeit. In der auswärtigen Politik ist es wichtiger, einmütig zu handeln als zu reden. Hier ist die Regierung zu führen, aber niemand sonst. Die Haltung der Regierung in der auswärtigen Politik hat unsere Billigung. Allein in der Kraft und in der Eintracht des deutschen Volkes liegt seine Hoffnung. (Lebhafter Beifall.)

Gegen fünf Uhr nachmittags verläßt das Haus die Weiterberatung auf morgen Nachmittag 2 Uhr.

Die Gewalt Herrschaft im Ruhrgebiet.

Die Reparationskommission stellt weiterhin deutsche „Verfehlungen“ fest.

Paris, 26. Jan. Die Reparationskommission hat heute nachmittags auf Antrag von Barthou und Delacroix die allgemeine Verfehlung Deutschlands mit 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung (derjenigen des englischen Delegierten) festgestellt.

Paris, 26. Jan. Havas teilt mit: Die Reparationskommission ist heute nachmittags um drei Uhr zusammengetreten. Die Sitzung war um 4 1/2 Uhr beendet. Nach dem Vorschlag der Delegierten Barthou und Delacroix hat die Kommission Kenntnis von der deutschen Note vom 13. Jan. genommen, in der die deutsche Regierung mitteilt, daß sie die Sachlieferungen an Frankreich und Belgien einstellen. Die Reparationskommission hat entschieden, daß das Verlangen eines Moratoriums, das am 14. November 1922 gestellt wurde, hinfällig und infolge dessen der Zahlungsplan vom 3. Mai 1922 wieder in Kraft zu setzen sei. Die Reparationskommission hat übrigens Deutschland in seinen Zahlungen bereits einen Aufschub bis zum 31. ds. Mts. bewilligt. Die Reparationskommission hat mit drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung (die des englischen Delegierten) beschlossen, das Verlangen hinsichtlich seiner Lieferungen an Frankreich und Belgien auf Grund des § 17 festzustellen. Dieser Beschluß wird Deutschland alsbald notifiziert werden. Die Kommission hat sofort beschlossen, im gegenseitigen Einvernehmen ein Schreiben an die deutsche Regierung zu richten, in dem sie diese von dem Beschluß der Ablehnung des Moratoriums und der Feststellung der allgemeinen Verfehlung in Kenntnis setzt. Anders als bei dem gelegentlich der früheren Entscheidungen eingeschlagenen Verfahren hat die Kommission sich darauf beschränkt, Deutschland dies offiziell mitzuteilen, ohne irgendwelche offiziöse Zusätze zu machen. Es muß daraufhin gewiesen werden, daß, wenn bei der Beschlußfassung auch keine Einstimmigkeit zu erzielen war, die Diskussion nicht weniger in freundschaftlicher Weise vor sich ging.

Deutschland erhält seine Erfüllungsbereitschaft anrecht.

Berlin, 26. Jan. Anlässlich der Beratungen der Reparationskommission wird in Pariser Blättermeldungen behauptet, bei den französischen, belgischen und italienischen Delegierten bestünde die Auffassung, daß die deutsche Note vom 14. November 1922 durch die Note der Regierung Cuno vom 13. Januar 1923 ihre Gültigkeit verloren hätte. Demgegenüber stellen die Blätter fest, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht aufgehoben und seine Reparationsverpflichtungen nicht verneint hat. Nur für die Zeit der Verletzung des Vertrags durch Frankreich und Belgien mit Waffengewalt hat sich Deutschland geweigert, freiwillige Reparationsleistungen an diese Länder zu machen. In dem Augenblick, in dem Frankreich und Belgien von der zwangsweligen Eintreibung der Reparationsleistungen Abstand nehmen, wird Deutschland seine freiwilligen Leistungen wieder aufnehmen. Die Note der deutschen Regierung vom 14. November 1922 hat daher ihre Gültigkeit nicht verloren.

Eine Sammelantwort Poincaré's auf die deutschen Protestnoten.

Berlin, 26. Jan. Die französische Regierung hat auf die deutsche Protestnote wegen der Verhaftung der Beamten im Ruhrgebiet folgendes geantwortet: Herr Geschäftsträger! Auf Befehl Ihrer Regierung haben Sie durch Brief vom 24. Jan. gegen die im Ruhrgebiet vorgenommene Verhaftung deutscher Beamten Einspruch erhoben, die sich weigerten, Befehle der französischen Militärbehörde auszuführen. Ich kann mich nur auf die Antworten beziehen, die am 22. und 24. Januar auf Ihre früheren Mitteilungen ergangen sind. Ich wiederhole, daß die diesbezüglichen Maßnahmen eine Folge der Verletzung des Vertrags von Versailles sind, die die deutsche Regierung begangen hat, insbesondere dadurch, daß sie ihren Beamten verboten, diesen Vertrag auszuführen. Ich füge hinzu, daß dieses Schreiben im voraus alle weiteren Mitteilungen beantwortet, die ich etwa in dieser Angelegenheit noch von der deutschen Botschaft erhalten würde. Genehmigen Sie usw. (gez.) Poincaré.

Anmerkung des WTB.: Der französische Ministerpräsident hat sich ja schon stets im diplomatischen Verkehr ungewöhnlicher Formen befleißigt. Der Umstand jedoch, daß er in dieser Note zukünftige deutsche Noten im Voraus beantwortet, stellt immerhin Novum dar. — Mit rechtlichen Begründungen kann Herr Poincaré natürlich nicht antworten, also gebraucht er den üblichen Ausweg: die Rülpschichtigkeit und Gewalttätigkeit.

Die Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland.

Berlin, 26. Jan. Wie der „Vorwärts“ aus Düsseldorf meldet, soll die Abtrennung des besetzten Gebiets vom übrigen Deutschland zunächst durch starke militärische Maßnahmen auf folgenden Bahnhöfen erfolgen: Sinsin, Meltrop, Bünen, Ostlich von Dortmund, Hörde, Lothringshäulen und Hagen-Vorhalle. Diese Sperrlinie bildet einen Halbkreis gegen das übrige Deutschland.

Der Düsseldorf'er Bahnhof an's neue besetzt.

Düsseldorf, 26. Jan. Der Düsseldorf'er Bahnhof ist gestern Mittag neuerdings von französischen Truppen besetzt worden. Die Eisenbahner haben daraufhin die Arbeit niedergelegt, sodaß der Bahnhof für den Verkehr geschlossen ist. Durch die Sperrung der Bahnhöfe von Düsseldorf und Dahlhausen ist die belgische Zone fast ganz vom Verkehr abgeschnitten.

Die britischen Truppen bleiben am Rhein.

London, 27. Jan. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, besteht aller Grund zu der Annahme, daß die britischen Truppen am Rhein bleiben werden.

Französische Schikane gegen das Haus Thyssen.

Berlin, 27. Jan. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Duisburg, daß der über achtzigjährige August Thyssen in seinem großen Anwesen an der Ruhr (soviel französische Einquartierung erhalten hat, daß ihm für seinen eigenen Bedarf nur zwei Räume geblieben sind).

Schifferstreik auf dem Rhein.

Mannheim, 24. Jan. Der Transport-Arbeiterverband hat beschlossen, die Schifffahrt auf dem Rhein einzustellen. Infolgedessen sind auch hier in Mannheim die in der Rheinschifffahrt beschäftigten Personen in den Streik getreten. Jeder Schiffsverkehr auf dem Rhein ruht. Der Streik ist auf die letzten Vorgänge auf dem Rhein zurückzuführen. Der Reichsverkehrsminister hat bekanntlich angeordnet, daß kein Reparationsgut mehr nach Frankreich befördert werden darf. Darauf verweigerte eine große Anzahl der Gesellschaften die Weiterfahrt. In Mainz haben nun die Franzosen zwei Boote der Mannheimer Lagerhausgesellschaft beschlagnahmt. Während das eine Boot infolge Kesselbrenns nicht fahrbereit war und von der Mannschaft verlassen wurde, zwangen auf dem zweiten Boot die Franzosen die Mannschaft mit vorgehaltenem Revolver, weiterzufahren. Als das Boot in Mannheim ankam, war die Erregung unter den Schiffern sehr groß und diese traten darauf hin in den Ausstand. Auch das Personal auf den durch den Friedensvertrag abgelieferten Schiffen hat nach der „Neuen badischen Landeszeitung“ der Anordnung des Reichsverkehrsministers gemäß die Arbeit verweigert.

Berlin, 27. Jan. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Duisburg ruft infolge des Beschlusses der Schiffsmanngschaften des Rheins, den Dienst einzustellen, seit gestern die ganze Rheinschifffahrt.

Duisburg, 26. Jan. Die Verhandlungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Schleppamts und des Schleusenbetriebs des Rhein-Herne-Kanals mit den Befugungsbehörden sind ergebnis verlaufen. Daraufhin wurde gestern mittag um 12 Uhr der gesamte Betrieb eingestellt. Durch die Arbeits Einstellung ist der gesamte Schiffsverkehr auf den nordwestdeutschen Wasserstraßen lahmgelegt.

Ein Aufruf der Staatsregierung zur Ruhrsammlung.

Die württembergische Staatsregierung erläßt im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung zu Gunsten der Sammlung für das Ruhrgebiet folgenden Aufruf:

Die württembergische Staatsregierung schließt sich dem Aufruf, den der Reichspräsident und die Reichsregierung gegen die französisch-belgische Gewaltpolitik und für die zähe Abwehr des Einfalls in das Ruhrgebiet erlassen haben, an und bittet dringend um nachdrückliche Unterstützung des angeregten Hilfswerkes für die Brüder und Schwestern im Ruhrgebiet. Möge das württembergische Volk mit seiner bisherigen vorbildlichen Opferwilligkeit das Seine zum siegreichen Durchhalten in dem uns ausgezwungenen Kampf beitragen!

Spenden wollen unter dem Namen „Schwäbische Ruhrhilfe an die Württembergische Notenbank in Stuttgart (Postkontokonto Nr. 4)“ eingesandt werden.

Die bisherigen Einzelsammelstellen werden gebeten, ihre verdienstvolle Sammelstätigkeit fortzusetzen und deren Ergebnis ebenfalls an die Württembergische Notenbank zu überweisen.

Die Gaben und ihre Spender werden im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Der Staatspräsident wird das Gesamtergebnis aus Württemberg dem Vertrauensauschuß für das deutsche Volksoffer übermitteln.

Stuttgart, den 26. Januar 1923.

Sieber. Volz. Graf. Reif. Schall.

Bevorstehende Einschränkung des Personenverkehrs.

Aus Berlin wird dem WTB. geschrieben: Der Personenverkehr der Reichsbahn soll in nächster Zeit um insgesamt 10 bis 20 Prozent eingeschränkt werden. Die Einschränkung erfolgt teils sofort, teils von Mitte nächster Woche ab. Wenn auch die Dienstloshäuser der Reichsbahn z. B. noch günstig ist (Vorrat noch für ca. 40 Tage), so müssen doch bei der Ungewißheit der Weiterlieferung der Kohlen in das nichtbesetzte Gebiet die Ersparnismaßnahmen sofort einleiten. Die Einschränkung erfolgt auf Grund von Plänen, die die Reichsbahndirektionen nach den örtlichen Verhältnissen aufstellen.

Seite und zuverlässige Stimmung der Bevölkerung des besetzten Gebiets.

Berlin, 27. Jan. In einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ gab der Regierungspräsident von Düsseldorf, Dr. Grünher, eine Darstellung der augenblicklichen Lage im Ruhrgebiet und in dem abbesetzten Gebiet. Nach den bisher eingelaufenen Informationen sei die Stimmung der Bevölkerung überall ausgezeichnet. Beamte und Arbeiter seien fest entschlossen, den passiven Widerstand bis zum äußersten durchzuführen. Die Erbitterung der Eisenbahner über die Entsendung von französischen Eisenbahnern sei aufs höchste gestiegen.

Enger Kontakt der Beamtenverbände mit der Reichsregierung.

Berlin, 27. Jan. Die Spitzenverbände der deutschen Beamten haben zur dauernden Stellungnahme mit der Reichsregierung, sowie zur laufenden Bearbeitung von Fragen, die das Ruhrgebiet betreffen, einen Aktionsauschuß eingesetzt. Auch bei den Maßnahmen zur Verringerung der Notstände, die durch die Besetzung des Ruhrgebiets entstehen, ist die gesamte Beamenschaft durch ihre Spitzenorganisationen beteiligt.

Berlin, 27. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Reich und die Länder werden allen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, sowie allen Geistlichen und Lehrpersonen in den abbesetzten und neubesetzten Gebieten jeden Schaden ersetzen, den sie in Erfüllung ihrer öffentlichen Pflicht durch rechtswidrige Maßnahmen der Befugungsmächte erleiden.

Die Hilfsakt an der Landwirtschaft für das Ruhrgebiet.

Berlin, 25. Jan. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Luther im Reifein von Vertretern aus dem Ruhrgebiet Verhandlungen mit den Vertretern der deutschen Landwirtschaft stattgefunden, um die in die Wege geleitete Aktion zur Unterstützung der durch die Besetzung des Ruhrgebiets betroffenen Kreise zu organisieren. Die gestern getroffenen Vereinbarungen gehen dahin, daß die Vorstände der Landwirtschaftskammern in ihren Bezirken die Leitung der Sammlungen in der Hand behalten.

Amerikanische Spende für die Notleidenden des Ruhrgebiets.

Hamburg, 27. Jan. Das Zentral Relief Committee in New York, das erst am 24. Januar eine Spende im Werte von 75 Millionen Mark für die Notleidenden des Ruhrgebiets durch den Hamburger Landesverein vom Roten

Kreuz überweisen ließ, hat jetzt dem Oberbürgermeister in Essen durch das Rote Kreuz weitere 600 Kisten mit Nahrungsmitteln im Werte von 150 Millionen Mark überweisen lassen.

Die Wirkung der französischen Hasspropaganda.

Paris, 25. Jan. In der hiesigen Sing-Spielhalle Olympia kam es gestern zu lärmenden Kundgebungen gegen aufstrebende deutsche Artisten.

Die englische Passivität dauert fort.

London, 26. Jan. Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit dem französischen Plan der Losrennung des Ruhrgebiets vom übrigen Deutschland. Es wird darauf hingewiesen, daß in Paris endlich der Ernst der Aufgabe vergegenwärtigt, die es übernommen hat, und daß in Frankreich zugegeben wird, daß die bisher versuchten Methoden fehlgeschlagen haben. Bonar Law hat wiederholt eine Sitzung einberufen, um die gesamte Ruhrfrage zu erörtern. Wie verlautet, wird die von mancher Seite geäußerte Ansicht, die britischen Truppen aus dem von ihnen besetzten deutschen Gebieten zurückzuziehen, zur Erörterung kommen. Ein hoher britischer Beamter erklärte, wie gemeldet wird, es würde von der öffentlichen Meinung abhängen, ob die englischen Truppen zurückgezogen werden oder nicht. „Ball Mall and Globe“ zufolge wurde von Bonar Law die heutige Kabinettsitzung einberufen, um die Bedrohung der britischen Interessen durch die Aktion Poincaré, die weit über den ursprünglichen Plan hinausgegangen sei, zu erwägen. In gut unterrichteten Kreisen herrscht die tiefe Überzeugung, daß die Bedrohung der britischen Interessen nicht viel länger mehr mit Gleichmut angesehen werden könne. Gewisse Mitglieder der britischen Regierung seien davon überzeugt, daß der Mißerfolg der Aktion Poincaré durch den weiteren Schritt seitens Frankreichs eine zunehmende Beforgnis verursache. Während der allerletzten Tage seien die Mitteilungen der französischen Regierung, wie gerücheltweise verlautet, weniger befriedigend gewesen, als unmittelbar nach dem Abbruch der Pariser Konferenz. Nach „Evening Standard“ besteht Grund zu der Annahme, daß in der Frage der Zurückziehung der britischen Truppen aus Köln die Ansichten der britischen Minister geteilt sind. Bonar Law selbst sei für die Zurückziehung und die Ansicht des Premierministers würde von den meisten Ministern geteilt, die im Unterhaus sitzen. Andererseits seien wie verlautet, die Minister, die dem Oberhaus angehören, für das Verbleiben der britischen Truppen in Köln. Im Zusammenhang mit diesen Meldungen ist die Mitteilung der „Ball Mall and Globe“ von Interesse, daß Lord Derby sich heute vom Kriegsamt nach der Downing-Street begeben habe und dort eine lange Unterredung mit Bonar Law hatte.

London, 26. Jan. Generalfeldmarschall Chamberlain sprach in einer Rede in Cambridge, seiner Ansicht nach habe die Reaktion bei ihrer Haltung in der Ruhrfrage die Unterstützung des Volkes hinter sich. Europa werde nicht eher aus dem Chaos aufrufen, als wenn die Lage im Ruhrgebiet geklärt sei.

Protest der spanischen Sozialisten gegen die Besetzung des Ruhrgebiets.

Paris, 25. Jan. Nach einer vom „Temps“ veröffentlichten Meldung aus Madrid hat die spanische sozialistische Partei bei dem Präsidenten der französischen Republik Einspruch gegen die Besetzung des Ruhrgebiets erhoben. Sie beruft sich auf die ernsten Gefahren die das Unternehmen mit sich bringe, und die Möglichkeit, daß es zum Kriegsausbruch führe, sowie darauf, daß es gegen die geltenden Verträge verstoße. Die spanischen Sozialisten empfehlen, die Reparationsfrage dem Völkerverbund als Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland zu unterbreiten.

Zur auswärtigen Lage.

Einheitliche Ausrüstung für die Armee der kleinen Entente.

Prag, 27. Jan. Die „Bentow“ berichtet, daß in Prag die Absicht bestehe, für die Armeen der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumaniens eine einheitliche Ausrüstung einzuführen, wodurch die Sicherheit der gegenwärtigen Ordnung in Mitteleuropa erhöht werden soll. — Das bedeutet natürlich eine mehr oder weniger verschleierte Mobilisierung.

Die Verhandlungen in Lausanne auf dem totem Gleis.

Lausanne, 26. Jan. Ismed Pascha erklärte gestern Abend, daß er, falls Curzon, wie angekündigt, die Konferenz verlasse, ebenfalls sofort mit der türkischen Delegation abreisen werde. Er werde sich nach Angora begeben und in Lausanne wie die Alliierten nur einen Vertreter zurücklassen.

Japan und das Washingtoner Abkommen.

London, 25. Jan. Reuter meldet aus Tokio: Der Ministerpräsident teilte im Parlament mit, die Regierung tue ihr Neuestes, um Sachalin so bald wie möglich zu räumen. Er sagte weiter, die Nichtratifizierung des Washingtoner Abkommens von Frankreich und Italien sei bedauerlich. Es werde aber, wenn diese Mächte auf ihrer Haltung beharrten, für Großbritannien, Amerika und Japan nicht möglich sein, eine Vereinbarung zu erreichen. Japan werde nicht gegen den Geist des Washingtoner Marineabkommens verhandeln. Allerdings werde es vielleicht genötigt sein, die Außerdienststellung von Kriegsschiffen aufzuschieben, ebenso die Maßnahmen zur Verlangsamung des Flottenbaues. — Wenn die Japaner mit ihrer Flottenaufrüstung etwas langsam machen, wird das in ihrem Interesse sein.

Wer Verwandte, Freunde und Bekannte im Ausland hat, sende ihnen deutsche Zeitungen, Sorge jeder in seinem Teil dafür, daß deutsche Blätter im Auslande Verbreitung finden, denn jedes einzelne Blatt kann deutschem Interesse dienlich sein

Wahlvorschlag zur Handelskammerwahl am Dienstag, 30. Januar:

Carl Commerell, Sägewerksbesitzer in Höfen,
Eduwig Rank, Buchdruckereibesitzer in Altsenfeld,
Erwin Sannwald, Fabrikdirektor in Calw,
Karl Schmid, Fabrikdirektor in Calw,
Hermann Stock, Kaufmann in Freudenstadt.
Wahlzettel im Wahllokal.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Morg. Sonntag nachm. 3 Uhr u. abends 8 Uhr:
In den Höhen d. Schweigens
Drama mit Beiprogramm.

Georgenäum Calw.
Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 Uhr wird
Herr Studentrat Dr. Breischneider-Nagold
einen Vortrag mit Lichtbildern
über **Siedlungsanlagen**
halten. Hierzu wird jedermann herzlich eingeladen.
Calw, den 25. Januar 1923.
Georgenäumrat: Dr. Knobel, Vorsitz.

Zins = Erhöhung.
Ab 1. Januar
vergüten wir bis auf weiteres:
a) Für gewöhnliche Spareinlagen . . . 6 %
b) Für feste Anlagen je nach Art der
Rückbildung und der Höhe des Be-
trages bis zu . . . 10 %
Der Zinsfuß für die seither zu 4%
angelegten Spargelder wird ab 1. Ja-
nuar auf . . . 6 %
erhöht.

Wir fordern gleichzeitig unsere Gläubiger auf,
die auf Scheckscheinen angelegten Beträge unter
Mk. 5000.— in ein Sparbuch übertragen zu lassen,
wodurch die sehr teure jährliche Uebersendung der Zinsen
erpart wird.

Spar- und Vorschußbank Calw
einget. Genossenschaft m. b. H.

Von Montag morgen 8 Uhr ab steht
im **Gasthaus z. „Döfen“**
in Höfen

ein großer Transport
gutgeköhnt., jung. Milchkuhe,
jung., trächtig.
Rühe, hochtr.
Kalbinnen



sowie schönes Jungvieh,
darunter auch
zwei schöne erstkl. Zuchtstieren
zum Verkauf, wozu Liebhaber freundschaftlichst einladen.
Rudolf und Berthold Löwengart,
Neyingen.

Zur Aufklärung!



Es wurde in letzter Zeit häufig versucht, gestrickte Anzüge, die nicht von uns hergestellt waren, als „Bleyle's Knabenanzüge“ oder „Bleyle's Sweater“ zu verkaufen. Wir warnen vor dieser mißbräuchlichen Benützung unseres Namens und des guten Rufes unserer altbewährten Fabrikate. Das kaufende Publikum achte streng darauf, daß bei jedem einzelnen Stück der Name „Bleyle“ und nebenstehende Schutzmarke angebracht ist.

Nicht jeder gestrickte Anzug ist ein Bleyle-Anzug.

Wilh. Bleyle, G. m. b. H., Stuttgart
Alleinige Herstellerin von Bleyle's Fabrikaten.

Die nächstgelegene Verkaufsstelle wird auf Wunsch durch die Fabrik mitgeteilt.

Geschäftsübergabe und Empfehlung.

Ab heute habe meine
Kohlen-Handlung
an Herrn Fr. Bauer, hier, übergeben. Ich danke für das mir selbster entgegengebrachte Vertrauen und bitte solches auf meinen Nachfolger zu übertragen.
Hochachtend
Fr. Buob.

Bezugnehmend auf obiges, empfehle ich mich höflich zur
Lieferung von allen Sorten Kohlen usw.
im kommenden Wirtschaftsjahr.
Hochachtend
Fr. Bauer,
Güterbeförderer und Möbeltransport.

Bruchleiden!

Brüche sind heilbar, ohne Operation, ohne schmerzhaftes Einspritzen. Vollständig ohne Verunsicherung. In Behandlung kommen: Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nabel- und Bauchbrüche.
Sprechstunden in Calw Freitag, 2. Februar, vormittag 9 - 12 Uhr, Hotel „Waldhorn“.
Dr. med. H. L. Meyer, prakt. Arzt,
Hamburg, Schauenburger Straße 4.
Bestätige hierdurch mit vielem Dank für tadellose Heilung meines Leistenbruchs während 2 1/2 Monaten in meinem Alter mit 74 Jahren.
Konstanz, 23. 1. 22. W. Gerichtsvollzieher a. D.

**A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI CALW**

Anfertigung
von Zeitschriften,
Carten, Prospekten,
Katalogen
usw.

Leonberg.

Ein Umtausch von Hanf u. Flachs für die Firma Rosb & Schille, Urach, kann infolge Ausbleibens von Webwaren
in der kommenden Woche nicht stattfinden.
Otto Wendel.

Montag, den 29. Januar, von
vormittags 8 Uhr ab steht

in Calw im „Löwen“
ein sehr großer Transport

erstklassiger, starker, junger
Milchkuhe (Schaffkuhe),
Rälbertkuhe,
trächt. Kühe,
tr. Kalbinnen



große Auswahl schönes Jungvieh
sowie ein erstkl. ritzf. Zuchtstier
zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf
und Tausch einladen
Rubin und Max Löwengart.



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reichster Auswahl empfiehlt
Musikhaus Gurth,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Akademiedamach-Kogorische
Großhandlung Einzelverkauf
Ausführung all. Reparaturen
und Stimmen.
Ankauf alter Geigen u. Celli.

KAUFE FELLE

von
**Marder,
Iltisse,
Füchse,
Kasen,
Kanin etc.**
z. höchsten Tagespreisen
da Selbstverarbeitung.
K. Schrempf,
Pforzheim,
Westl. 22, Fernspr. 877

Warme, gefütterte
Hauschuhe
(mit Leder besetzt) empfiehlt
für Erwachsene u. Kinder
Fr. Knörzer Marktpl. 67.

TAPETEN
in groß. Auswahl auf Lager
EMIL G. WIDMAIER,
Bahnhofstraße.

**Futtermehl
Weizenkleie
Kleienmelasse
Futterkalk**
empfiehlt
Otto Jung.

**Mauser-
Pistolen**
mit Holzanschlagsschaft
Cal. 7.63 zählt bis
30 000.— Mk und
mehr. Jagdgewehre,
Taschenpistolen, Pris-
men-Feldstecher kauft
stets zu höchst. Preisen
G. Haag, Stuttgart,
Sophienstraße 25.

Am Montag, den 29. d.
Mts., mittags 1 Uhr, bringe
ich in der Wohnung zum
Verkauf:

1 Sofa
(Rohhaarfüllung)
1 tl. Kaffee
1 Sportwägel
1 Faß
elektr. Lampen u. a.
Immendorfer, Bezirks-
notar in Stammheim.

Bettwärmer-
Dank I. v. Witwe Kassel-
berger, Leutkirch, Unt
Graben 221, für Heilung
eines Angehörigen durch
die Bettwärmertheorie des
Heilk. M. Boghammer,
München, Ber. Kleuz-
straße 73. (Rückporto.)

Mosteffig
hat zu verkaufen.
Ehr. Schechinger
Inselstraße 227.

**11 Meter
Stockholz**
verkauft.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Stelsheim.
Verkauf am Dienstag,
den 30. ds. Mts., nachmit-
tags 1 Uhr:
1 Weggerwagen
**1 Zweipänner-
Leiterwagen**
samt Langholzabehde
1 Fuhrschlitten, fast
1 Herrenschlitten neu
sowie sonstige Fuhrmanns-
gerätschaften.
Georg König, Bauer.

Persil bleibt Persil
in alter bewährter Güte!
geeignet für alle Arten von Wäsche. Niemals löst! Nur in Originalpackung!

Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert. Alleinige Hersteller: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,** auch der altbewährten „HENKO“ (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).